

Auf der Zielgeraden

Interview mit Bundesinnenminister Otto Schily über die Initiativen BundOnline2005 und Deutschland-Online sowie Effizienzgewinne und Herausforderungen des E-Government im föderalen Staat.

Herr Minister, Sie haben 2001 bei der Vorstellung von BundOnline 2005 eine Verwaltung angekündigt, die mehr leistet und weniger kostet. Wie weit ist die Umsetzung von BundOnline 2005 heute fortgeschritten?

Die Initiative BundOnline ist 2005 auf der Zielgeraden angelangt. Mehr als drei Viertel des Weges wurden erfolgreich absolviert. 340 Dienstleistungen der Bundesverwaltung können bereits heute im Internet genutzt werden. Jedes einzelne dieser Internet-Angebote präsentiert eine Behördenleistung, die einfacher und schneller in Anspruch genommen werden kann. Und es erfüllt in moderner Form eine staatliche Aufgabe, die weniger kostet – die Behörde selbst oder auch die Unternehmen oder Bürger, die sich an die Behörde wenden.

Was wird das Projekt bis zu seinem Abschluss kosten und wie hoch bewerten Sie die Einsparpotenziale?

Bis Ende dieses Jahres werden wir mit BundOnline rund 1,4 Milliarden Euro in die E-Government-Strukturen auf Bundesebene investiert haben. Diese Investitionen werden sich in überschaubarer Zeit amortisieren. Wir erwarten jährliche Einsparungen von rund 400 Millionen Euro in der Bundesverwaltung. Die

Einsparungen entstehen durch die durchgängig elektronische Verarbeitung von Antrags-, Förder- und Beschaffungsverfahren sowie durch online verfügbare Informationsangebote, welche die Auskunfts- und Beratungsaufwendungen vermindern.

In letzter Zeit wurde kritisiert, dass die Mehrheit der neuen Internet-Angebote im Rahmen von BundOnline 2005 keine Möglichkeiten für Online-Transaktionen beinhalte. Wie bewerten Sie diese Kritik?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehören von den 340 fertig gestellten Online-Dienstleistungen tatsächlich 203 Dienstleistungen zum Dienstleistungstyp Informationsbereitstellung, die restlichen 137 Dienstleistungen und damit 40 Prozent sind transaktionsorientierte Dienstleistungsangebote. Die Kritik an den Informationsdienstleistungen ist nicht berechtigt. Viele Informationsangebote der Bundesbehörden haben große wirtschaftliche Bedeutung, etwa die Einsicht in Patentschriften, Außenwirtschaftsinformationen oder Geo-Informationen. Informationsdienstleistungen sind daher keine Dienstleistungen zweiter Klasse. Im Übrigen wird sich bis zum Ende der Initiative BundOnline voraussichtlich ein

Verhältnis von 47 Prozent Informationsdienstleistungen zu 53 Prozent Kommunikations- und Transaktionsdienstleistungen ergeben.



Otto Schily

Brauchen wir wirksamere Steuerungs- und Managementstrukturen auf Bundes- und Landesebene zur Verbesserung der Zusammenarbeit? Braucht Deutschland einen Chief Information Officer?

Hier empfehle ich einen Blick in das Grundgesetz, das die Zuständigkeiten der staatlichen Ebenen klar definiert. Im föderalen System kann nicht ein CIO für die IT von Bund, Ländern und Gemeinden verantwortlich sein. Es kommt darauf an, dass sich jede Ebene für sich gut aufstellt – mit der Einrichtung des IT-Stabes im Bundesministerium des Innern haben wir das getan. Und es kommt auf eine effiziente und effektive Zusammenarbeit der staatlichen Ebenen an. Mit Deutschland-Online haben wir die schnellste und beste Antwort einer dezentralen Verantwortungsteilung gewählt, die in einem föderalen Staat möglich ist. Auch die deutsche Wirtschaft ist bereit, mit

Deutschland-Online zusammenarbeiten. So haben Bund, Länder und Gemeinden bei der letztjährigen CeBIT eine Kooperation zwischen dem IT-Branchenverband BITKOM und Deutschland-Online vereinbart. Wir sind also auf dem richtigen Weg.

Wie wollen Sie der Gefahr eines digitalen Flickenteppichs im Rahmen von Deutschland-Online begegnen?

Die Lösung heißt Austausch, Kooperation und Vernetzung. Damit verhindern wir die Entstehung

nen Deutschland-Online-Vorhaben im Internet verfügbar zu haben. Als ein gutes Beispiel möchte ich die Amtliche Statistik nennen. Hier werden beispielsweise die Verfahren der Wirtschaft und der Statistik so abgestimmt, dass die Unternehmen Erhebungsdaten unmittelbar aus ihrer Steuerungssoftware generieren können. Eines der wichtigsten Vorhaben von Deutschland-Online betrifft das Meldewesen. In absehbarer Zeit wird die Unterrichtung der Meldebehörden untereinander über länderübergreifende Zu- und

Fortzüge ausschließlich elektronisch erfolgen.

Sie haben

E-Government als ein Win-Win-Projekt für die öffentliche Hand und für die Wirtschaft bezeichnet. Können Sie das anhand eines Beispiels verdeutlichen?

Das kann man am Beispiel der elektronischen Patentanmeldung gut veranschaulichen: Eine Patentanmeldung kann heute online beim Deutschen Patent- und Markenamt eingereicht werden. So können Patentanmeldungen schneller bearbeitet werden. Das führt auch im internationalen Vergleich als Standortfaktor zu Wettbewerbsvorteilen für deutsche Unternehmen. Die Zahl von rund 65.000 Patentanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt pro Jahr macht den Nutzen dieser Dienstleistung sehr deutlich. Rechnet man weitere Schutzrechtsanmeldungen hinzu, so liegt die jährliche Zahl der Anträge bei über 100.000. Wesentliche wirtschaftspolitische Effekte von E-Government liegen darin, dass

Antrags- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und Fördermittel gezielter vergeben werden können. Insgesamt erzielt die Integration von Wirtschafts- und Verwaltungsprozessen deutliche Rationalisierungseffekte.

Wo sehen Sie die deutschen E-Government-Angebote im europäischen Vergleich?

Mit BundOnline hat die Bundesregierung die größte europäische E-Government-Initiative gestartet. Im europäischen und internationalen Vergleich stehen wir mit den Online-Diensten des Bundes sehr gut da. Mit Deutschland-Online, der integrierten E-Government-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen, haben wir wirksame Maßnahmen ergriffen, um nicht nur mit dem E-Government-Angebot des Bundes, sondern auch mit dem Angebot der Länder und Kommunen im europäischen und internationalen Vergleich bestehen zu können. Der E-Government-Bereich in Deutschland wächst kontinuierlich, sowohl was die Online-Bereitstellung von Dienstleistungen als auch ihre Transaktionsfähigkeit betrifft. Studienergebnisse zeigen, dass Deutschland überdurchschnittliche Fortschritte im Vergleich zu anderen Staaten vorzuweisen hat. Im vergangenen Jahr haben wir den E-Government-Bereich um mehr als 15 Prozent ausgeweitet. Der Bund liegt mit seiner Initiative BundOnline auch im europäischen Vergleich an der Spitze; durch Deutschland-Online konnten Fortschritte auch auf den Ebenen der Länder und Kommunen erzielt werden.

Interview: Rainer Hill

„Im föderalen System kann nicht ein CIO für Bund, Länder und Gemeinden verantwortlich sein.“

eines Flickenteppichs schon im Ansatz. Deutschland-Online trägt zu einer intensiveren Kooperation der Städte, Kreise und Gemeinden bei. Bereits jetzt hat Deutschland-Online zahlreiche Verbesserungsimpulse für die Beseitigung von Defiziten beim Dienstleistungsangebot von Ländern und Kommunen gegeben. Die technische und verfahrensmäßige Standardisierung wird gleichermaßen vorangetrieben. Bund, Länder und Kommunen werden gemeinsam Verwaltungsdienstleistungen online bereitstellen, Portale vernetzen und gemeinsame Infrastrukturen und Standards entwickeln.

Was sind die ersten Vorhaben, die im Rahmen von Deutschland-Online realisiert werden?

Die Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzler haben als gemeinsames Ziel für Deutschland-Online vereinbart, bis Ende 2006 die im Jahr 2003 beschlosse-